

Ein Diskussionspapier für die Hörfunkreihe Funkhausgespräche von WDR 5, am 19. Oktober 2006 unter dem Thema „Hochschulfreiheitsgesetz: Chance oder Ausverkauf der Wissenschaft?“

Meine Kritik am sog. „Hochschulfreiheitsgesetz“ setzt an zwei grundlegenden Stellen an:

1. Statt mehr Autonomie der Hochschule wird es künftig mehr Fremdbestimmung durch eine Art Aufsichtsrat geben und das wichtigste Steuerungsinstrument wird künftig der Wettbewerb um zusätzliches Geld sein.

Das sog. Hochschulfreiheitsgesetz ist bestimmt vom liberalen Glaubenssatz, wonach alles was der Staat macht schlecht oder schlechter ist, als es der Markt und der Wettbewerb können.

Deshalb soll der Einfluss des Staates möglichst weit zurückgedrängt und die Hochschule wie ein privates Unternehmen, mit einem Vorstandsvorsitzenden und einem Aufsichtsrat viel unternehmerische Freiheit bekommen, um sich im Wettbewerb gegenüber den Konkurrenten durchzusetzen.

An die Stelle demokratischer Rahmengestaltung und akademischer Selbstverwaltung tritt eine Steuerung der Hochschule durch den Wettbewerb um Geld (Studiengebühren, Forschungsdrittmittel). Staat und Parlament werden auf die Rolle des Zahlmeisters für die Grundfinanzierung verwiesen. Das Wissenschaftsministerium könnte eigentlich aufgelöst und in eine Zahlstelle umgewandelt werden.

Der gesellschaftliche Bildungs- und Forschungsauftrag der Hochschule und die wissenschaftliche Qualität bleiben auf der Strecke.

Mit der beschönigenden Formel „Verselbständigung“ wird von einer jahrzehntelangen staatlichen Unterfinanzierung der Hochschulen abgelenkt.

Die Verteilungskonflikte werden von der politischen Ebene auf die Hochschulen verlagert. Zusätzliches Geld soll vor allem auch von privater Seite (über Studiengebühren und Drittmittel für die Forschung) eingeworben werden.

2. Das „Hochschulfreiheitsgesetz“ NRW ist nicht das Ergebnis eines gesellschaftlichen Diskurses oder der politischen Debatte und schon gar nicht ein Vorschlag, der aus der Mitte der Gemeinschaft der Lehrenden und

Lernenden stammt.

Es ist das Produkt einer ideologisch ausgerichteten Lobbyorganisation.

Die Grundprinzipien dieses Gesetzes wurden von einer demokratisch nicht legitimierten, steuerlich privilegierten und eine ideologische Mission verfolgenden privaten Stiftung, der Bertelsmann Stiftung und ihrem hochschulpolitischen Think-Tank, dem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) teilweise sogar Wort für Wort übernommen. Man könnte es auch härter formulieren: Eine politische Lobbyorganisation hat die Rolle eines Schattenministeriums übernommen.

I.

Hochschule in demokratischer Verantwortung versus Wettbewerbs- und Geldsteuerung

Innovationsminister Pinkwart selbst spricht von einem Paradigmenwechsel:

Die Hochschulen sollen von einer sich selbst verwaltenden Körperschaft mit der verfassungsrechtlichen Garantie der Freiheit der Lehre, des Studiums und der Forschung zu – so wörtlich – „verselbständigten“ „Unternehmen“ umgewandelt werden, die sich den „Herausforderungen“ des „internationalen Wettbewerbs“ und des „Wettbewerbs zwischen Hochschulen“ stellen sollen.

Um diesen Paradigmenwechsel den Hochschulen schmackhaft zu machen, muss der Staat erst einmal zum Buhmann hochstilisiert werden gepaart mit dem Versprechen von größerer Freiheit und dem Anreiz von mehr Geld von Dritten.

Dabei wird übersehen, dass es nach Einführung des Gesetzes weniger Freiheit der Wissenschaft geben wird als je unter dem alten Gesetz. Die Hochschulleitung mit einer „genialischen Unternehmerpersönlichkeit an der Spitze hat Durchgriffsrechte wie nie zuvor und der Hochschulrat hat eine Fachaufsicht, die es in diesem Umfang über die Hochschulen durch den Staat nie gab.

Die bisherige bloße Rechts- und Finanzaufsicht des demokratisch legitimierten Staates über die ansonsten sich selbst verwaltenden, autonomen Körperschaften Hochschule soll durch die (wörtlich) „Fachaufsicht“ eines eher ständestaatlichen „Hochschulrates“ abgelöst werden. In diesem Aufsichtsrat haben „frei schwebende“ Aufsichtsratsmitglieder – nach

aller Erfahrung überwiegend Vertreter der Wirtschaft – das Sagen. „Freischwebend“ nenne ich diesen Hochschulrat auch deshalb, weil anders als bei einem Unternehmensaufsichtsrat im Hochschulrat noch nicht einmal wie in einem privatwirtschaftlichen Unternehmen die Shareholder, also die Geldgeber sitzen, die dort ihre Einlageinteressen vertreten. Der größte Zahlmeister bleibt schließlich der Staat.

Dieser überwiegend extern besetzter „Hochschulrat“ soll bisher nie gekannte fachliche Aufsichts- und inhaltliche Steuerungsrechte erhalten.
Dieser Hochschulrat entscheidet etwa über

- die „strategische Ausrichtung der Hochschule“
- den Hochschulentwicklungsplan und
- über die von den Hochschulen mit dem Land ausgehandelten Zielvereinbarungen“.

Noch mehr: Den Hochschulen wird ihr ureigenes Recht auf Wahl ihrer Hochschulleitung abgesprochen: Der Rektor oder der Präsident und der Kanzler werden vom Hochschulrat gewählt und durch den Senat nur noch bestätigt.

Die Aufklärung hat Jahrhunderte um die Freiheit der Wissenschaft gegenüber Kirche und Staat gekämpft. Nun wird diese Freiheit einer obskuren Loge wie dem Hochschulrat ausgeliefert.

Wie man an fast allen schon bestehenden Hochschulräten sieht, sitzen in dieser Loge, überwiegend Vertreter der Wirtschaft.

II.

Statt Bildung durch Wissenschaft und Forschung im Dienste der Gesellschaft Steuerung der Hochschulen über Konkurrenz um geldwerte Nachfrage

Eine Hochschule ist kein Unternehmen, das Produkte wie Kartoffeln oder Autos auf den Markt bringt und sich mit diesen Produkten im Wettbewerb um Kunden durchsetzen muss oder kann.

Das gilt für die Lehre wie für die Forschung.

Lehre:

Die Hochschule ist kein Software-Unternehmen, bei dem Studierende ihre Wissensdownloads kaufen können. Die Hochschulen vermitteln den Stand des Wissens und die Methoden, mit denen neues Wissen erarbeitet werden kann. Studieren ist eine aktive Teilhabe an der Pflege und an der Schaffung von neuen Erkenntnissen.

Ein Studierender ist eben kein „Kunde“, genauso wenig wie etwa ein Auszubildender oder ein Leistungssportler ein Kunde ist. Ihnen werden Fähigkeiten vermittelt, die sie zur höchst möglichen individuellen Eigenleistung befähigen und anspornen sollen.

Bei einem Studium sollte es vor allem auch um Bildung durch Wissenschaft und nicht um die Steigerung des „Humankapitals“ gehen. Ein Studium soll eine wertgesteuerte Organisation des Wissens, an ein wertbezogenes erkenntnisleitendes Interesse gebunden sein, an Orientierungswissen eben.

Es geht eben nicht nur um die Vermittlung von zusammenhanglosem Wissen, um das Schwimmenlernen in einem endlosen Datenozean.

Wir sind dabei jegliche Bildungsidee durch Wettbewerb zu ersetzen: Gut ist das Wissen, das nützt, um in der Konkurrenz mit anderen zu bestehen. Man lernt von allem den Preis, aber weiß von nichts mehr den Wert, wie der verstorbene Bundespräsident Rau einmal sagte.

Nebenbei:

Da macht man jetzt schon seit Jahren einen Riesenwirbel um die Elite-Förderung. Seit Jahren weiß man aber auch, dass die Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren von 1,9 Millionen auf etwa 2,7 Millionen, also um rund 40 % steigen wird, welche Innovation plant da der Innovationsminister, damit sich die Qualität des Studiums nicht weiter rapide verschlechtert.

Außer den Bachelor-Studiengängen, mit denen die Masse der Studierenden möglichst in einem Durchlauferhitzer durchs Studium geschleust werden sollen, ist unseren Wissenschaftspolitikern nicht viel eingefallen. Und der jetzt diskutierte Hochschulpakt 2020 ist nur ein Trostpflaster.

Forschung:

1. Nichts gegen Wettbewerb, er ist sicher ein Mittel begrenzte Ressourcen möglichst effizient einzusetzen, also nichts gegen eine betriebswirtschaftlich effiziente Ressourcenverteilung auch an unseren Hochschulen, aber Wettbewerb und Effizienz sind wertblind und eignen sich deshalb nicht als Steuerungsinstrumente für die

Forschungsinhalte und für die Forschungsentwicklung.

Ein Hochschulforschungsinstitut ist kein Ingenieur- oder Beratungsbüro, das vorhandenes Wissen in marktgängige Leistungen umsetzt (sonst brauchte Hochschulforschung ja auch nicht von der Gesellschaft finanziert zu werden).

Bei Forschung geht es eben gerade nicht darum, ein fertiges Produkt zu verkaufen und es geht auch nicht um Marketing, um dadurch möglichst viele Geldmittel einzuwerben, sondern es geht um Schritte ins Ungewisse. Jede gescheiterte Hypothese ist genauso wichtig wie jede verifizierte.

Wissenschaftlicher Wettbewerb geschieht über Verifizierung oder über die Falsifizierung von wissenschaftlichen Hypothesen. Es ist ein diskursiver ein offener Prozess, der davon lebt, dass von der Wissenschaftlergemeinschaft die wissenschaftlichen Hypothesen durchdacht und der Kritik ausgesetzt. Daran misst sich wissenschaftliche Leistung und Exzellenz.

Spitzenforschung ist herausragendes Arbeiten einzelner Wissenschaftler in einem weltweiten Verbund. Deshalb ist es auch Unsinn, ganze Universitäten mit der Plakette „Elite“ zu versehen. Das ist schon deshalb absurd, weil wir es in den modernen Wissenschaften mit einer zunehmenden Spezialisierung und Ausdifferenzierung selbst innerhalb der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen zu tun haben. Keine Hochschule der Welt ist in ihrem gesamten Fächerangebot exzellent. Es sind immer nur einzelne Forschungseinheiten in einzelnen oft recht schmalen Forschungsdisziplinen.

Nichts gegen einen wissenschaftlichen Wettbewerb unter Forschern, aber wenn selbst an den Stätten, wo höchste Rationalität gefordert ist, der Wettbewerb ums Geld entscheidet, dann hat die Vernunft gegen die Wettbewerbsideologie verloren. Es ist das Ende der Universität, als eine Stätte der Selbstreflexion der Gesellschaft. Kein Wunder auch, dass die Geisteswissenschaften in ein Orchideendasein verdrängt werden. Wir haben es gegenwärtig mit einer immer absurder werdenden Konkurrenzspirale zu tun.

Die Konkurrenz geht darum:

Wer wirbt mehr Drittmittel im Verhältnis zum Hochschulbudget ein? Wer publiziert mehr? Wer hat mehr Forschungsprojekte laufen? Wer ist öfter im Ausland? Wer hat mehr Auszeichnungen? (All das waren etwa Ausschreibungskriterien für die sog. „Exzellenz-Initiative“). Wer kann mehr Professoren von der Lehre freistellen, damit sie exzellente Anträge für die Zukunft stellen können.

Es werden eher Wissenschaftsmanager und Marketingspezialisten als Forscher

honoriert. Kasting oder Schaulaufen nicht Forschungsleistungen werden zum Qualitätskriterium.

Als exzellenter Wissenschaftler gilt heute derjenige, der in der Lage ist viel Geld aufzutreiben. Das hat unmittelbar damit etwas zu tun, dass der Staat sich seit Jahrzehnten nicht in der Lage sieht, die Unterfinanzierung der Hochschulen mit öffentlichen Mitteln auszugleichen. Im Gegenteil: Die öffentlichen Zuwendungen sind in den letzten 10 Jahren eher zurückgefahren worden – siehe Hochschulpakt in NRW: 1000 Stellen gekürzt.

Ein Wissenschaftler wie Immanuel Kant, der 10 Jahre nach seiner Berufung nur nachgedacht und 10 Jahre nichts publiziert hat, der nie aus Königsberg herausgekommen ist, hätte unter solchen Bedingungen keine Chance mehr.

2. In einem unternehmerischen Wettbewerb der Hochschulen, wird es wenige Gewinner und viele Verlierer geben. Das gibt der spiritus rector dieses Gesetzes und Leiter des Bertelsmann CHE Detlef Müller-Böling auch